

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupreiße

Geschäftsrediger: Amt Dresden Nr. 31307

Amtsblatt

Telegr.-Adresse: Elbgaupreiße Bischofs

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Ultstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstamt Dresdenund für die Gemeinden: Blasewitz, Weizer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niedervoritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönsfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Schlesien, -Neugrund und -Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Verlagshaus und Verlagsanstalt Hermann Bauer & Co.

Erscheint jeden Montag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierfach 9.— ausschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierfach 9.— monatlich 3.—
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierfach 8.40, monatlich 2.80.Blasewitz
Freitag, 18. Juni 1920.Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundzelle oder deren Raum
1.— Mark, im Drittelseite die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Vor der Lösung der Krise.

Aus Berlin wird uns vom gestrigen Tage gemeldet: Die Neubildung der Regierung macht diesmal nicht nur aus politischen, sondern auch aus räumlichen Gründen besondere Schwierigkeiten. Das Reichstagsgebäude ist mit seinen sämtlichen Räumen von den Ausschüssen der Reichstagskonferenz belegt. Die Fraktionen sind daher zwangsläufig ausquartiert und müssen nun im Präsidialgebäude, im preußischen Landtag und in ihren Klubs eine Notunterkunft suchen, wodurch die Verhandlungen und das Zusammearbeiten stark behindert werden. Herr Trimborn hat es nicht ganz einfach, die Verhandlungen mit den einzelnen Fraktionen und den Führern zu verwege zu bringen. Immerhin zeigt sich das Bild der Lage aus den verschiedenen Fraktionsschungen und Beiproklamationen des Mittwoch morgen sehr etwas schwächer in der Richtung ab, doch die ursprüngliche Kombination eines Blocks der Mitte zurzeit als erledigt gelten kann. Trimborn hat von seiner Fraktion den Auftrag bekommen, die Regierung, die er bildet, ziemlich hart zu orientieren. Er hat deshalb der Deutschen Volkspartei in den späteren Beiproklamationen eine Beteiligung an der Regierung nicht mehr angeboten, sondern hat nur aus den Wahlen sowie die Folgerungen ziehen wollen, als er wenigstens in das Auswärtige Amt und in das Wirtschaftsministerium Nachmänner leiste, im übrigen sein Kabinett ganz aus Politikern des Zentrums und der Demokraten bildete. Als einzige Koncession an die Deutsche Volkspartei bot er Dr. Heinze das Justizministerium an. Dr. Heinze lehnte aber nach Rücksprache mit seinen politischen Freunden dieses Anerbieten ab, offenbar weil er eine Kabinetts- und nicht dazu herangehende will, lediglich als Beigabe für ein ultramontan-demokratisches Kabinett in Bilden, denn die Basis, auf der dieses Kabinett steht, ist schwach, dass es sich nur mit einer sehr weitgehenden Unterstützung der Sozialdemokraten halten kann, die zunächst zwar hinter der Koalition bleibend, aber doch vielleicht früher oder später in das Regierungskabinett hineinspringen werden. Das Kabinett, wie es Trimborn im Auge hat — seine Ministerlinie ist bereits so gut wie fertig — trägt den Charakter eines Provisoriums auf der Sitze, das bei nächster Gelegenheit nach links erweitert werden soll. Es ist eine verschleierte Fortsetzung der bisherigen Koalitionsregierung, nur mit dem Unterschiede, dass Persönlichkeiten wie Müller und Schmidt verschwunden sind. Das Kabinett als solches bleibt aber daselbe, selbst wenn man an die Spitze des Auswärtigen Amtes einen parteipolitisch bisher nicht hervorgetretenen Diplomaten setzt. Mit dieser Ministerlinie wird Trimborn nun sein Heil versuchen. Findet er damit die Zustimmung der Demokraten und selbstverständlich auch der Sozialdemokraten, dann könnte er seine Ansage als geltend betrachten und sein Votum dem Reichspräsidenten zur Tafse überreichen. Allerdings ist noch nicht sicher, ob nicht vielleicht in letzter Stunde an einer Kleinigkeit auch diese Kombination wieder zerbricht.

Von anderer Seite wird aus Berlin vom gestrigen Datum gemeldet:

Der Führer der Zentrumsfaktion Trimborn ist weiter damit beschäftigt, seine Ministerliste zu vervollständigen. Er hat die Deutsche Volkspartei nicht zur Teilnahme an der Regierung aufgefordert, die infolgedessen auch eine Teilnahme nicht ablehnen konnte, sondern er hat lediglich Dr. Heinze als einzelnen Abgeordneten und Sachverständigen das Portefeuille der Justiz übertragen wollen. Herr Trimborn scheint sich darunter etwas ähnliches vorgestellt zu haben wie Bismarck, als er Bennigsen seinerzeit ins Ministerium berufen wollte, nur dass damals eben die allgemeine politische Lage ganz anders war. Heute wäre die Situation so geworden, dass Dr. Heinze vollkommen isoliert in einem Kabinett seines hätte, das sich sonst in der Hauptstadt aus parteipolitischen Gründen des Zentrums und der Demokratie zusammensetzt. Herr Trimborn deutet, wie wir bereits früher gelernt haben, nicht daran, selbst das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Sein Kandidat ist vielmehr der derzeitige deutsche Reichstagspräsident in Paris, Dr. Mayer, der als Abgeordneter den Namen Mayer-Kaufbeuren trug. Dr. Mayer ist Angehöriger der Bayerischen Volkspartei. Als Wirtschaftsminister hat Herr Trimborn den Direktor von Krupp, Wiedfeld in Aussicht genommen, der früher in der sozialpolitischen Abteilung des Reichsamtes des Innern arbeitete, unter der alten Koalition aber wiederholter Eintritt in das Ministerium ablehnt hatte. Als Minister des Auswärtigen scheint Dr. Simonis in Frage zu kommen, der vor der Revolution im Auswärtigen Amt arbeitete, dann Direktor in der Reichskanzlei wurde und seit Jahresfrist Reichsführer des Verbundes der Deutschen Industrie ist. Im übrigen wird die Regierung nach der Linie, wie sie Herr Trimborn gegenwärtig hat, gegenüber dem alten Kabinett Müller-Noch nur geringe Änderungen aufweisen.

Die "Germania", das Hauptorgan der Zentrumspartei, welche schwerlich von allen Instanzen am besten unterrichtet ist, schreibt: Der Abg. Trimborn hat Mittwoch vormittag nochmals mit Vertretern der Mehrheitssozialisten verhandelt und dabei feststellen müssen, dass für eine Teilnahme dieser Partei an einer Regierung zurzeit keinerlei Aussicht vorhanden ist. Es bleibt also nichts weiter übrig, als das Ausmauerwerk nunmehr auf die Bildung einer bürgerlichen Regierung zu richten. Trimborn hat in diesem Sinne dem Reichspräsidenten in erster Linie den Präsidenten der Nationalversammlung, Leberebach als Reichskanzler in Vorschlag gebracht, der jedoch, obwohl er allen Parteien genehm gewesen wäre, aus triftigen Gründen ablehnen zu müssen. Darauf habe Trimborn in Übereinstimmung mit Herrn Leberebach und unter voller Billigung der Zentrumspartei sowie des Parteivorstandes, die heute eine gemeinsame Sitzung abhielten, den

deutschen Reichstagspräsidenten in Paris Dr. Mayer-Kaufbeuren benannt. Dieser Vorschlag stand die volle Billigung des Reichspräsidenten, der sich seinerseits sofort telegraphisch mit einem entsprechenden Angebot an Dr. Mayer wandte; dessen Antwort steht zur Stunde aber noch aus. Nimmt er an, was in parlamentarischen Kreisen allgemein gehofft wird, so darf man eine befriedigende Erledigung der Trimbornischen Mission ebensolches erwarten.

Die eigentliche Ministerbildung kann selbstverständlich erst in Aussicht genommene Reichskanzler, welcher noch nicht in Berlin eingetroffen ist, vollziehen. Aber heute schon kann man behaupten, dass diesem Ministerium, welches keine absolute Majorität hinter sich hat, eine lange Lebensdauer nicht beschieden sein wird, es wird wahrscheinlich an der ersten parlamentarischen Klappe scheitern. Wenn dieser Fall eintrete, rückt die Gefahr der Auflösung des Reichstages und Neuwahlen in greifbare Nähe, so dass dann die Wünsche der Linksparteien erfüllt würden.

Pressestimmen.

Berlin, 17. Juni. Die Inanspruchnahme des Dr. Mayer-Kaufbeuren als Kanzler wird in den Morgenblättern im allgemeinen günstig besprochen. — Nach der "Vossischen Zeitung" kann dem Eintreffen Dr. Mayers in Berlin nicht vor Freitag entgegengesehen werden. — Über die gestrigen Verhandlungen Dr. Trimborns teilen verschiedene Blätter mit, die Deutsche Volkspartei nehme, so soll erklärt worden sein, an der Zusammensetzung des neuen Kabinetts nur insofern Anteil, als sie Wert darauf legt, dass das Reichswirtschaftsamt mit Geheimrat Wiedfeld wechselseitig vertreten werde und dass das Reichswehrministerium einem Nachmanne übertragen werde. Die Mehrheitssozialisten hätten dem "Volkswagen" aufgabe auf die Bildung dieses Kabinetts, das verschiedentlich als ein solches für Spa bezeichnet wird, zugesagt, nachdem sie die Sicherung erhalten, dass die sozialistischen Reichsbeamten im Dienst bleiben. — Der "Vorwärts" schreibt: Die neue Regierung der bürgerlichen Mitte wurde gestern noch nicht gebildet, galt aber trotzdem schon beinahe als fertig. Man spricht in parlamentarischen Kreisen von folgender Liste: Reichskanzler: Dr. Mayer, Inneres: Roth, Auswärtiges: v. Rosich, früherer sächsischer Gesandter in Wien, Wirtschaft: Wiedfeld, Finanzen: Birth, Schatz: v. Siemens, Arbeit: Siegerwald, Verkehr: Gröner, Reichswehr: Dr. Gehler, Justiz: Heinze.

Heute mittag kurz vor Schluss der Redaktion ließ folgendes Telegramm ein:

Dr. Mayer lehnt ab.

Berlin, 17. Juni. Der deutsche Reichstagspräsident in Paris, Dr. Mayer, hat auf eine Anfrage des Reichspräsidenten, ob er bereit sei, das Amt eines Reichskanzlers anzunehmen, unter Hinweis auf die Wichtigkeit seiner gegenwärtigen Aufgabe in Paris die Berufung abgelehnt.

Sächsische Volkskammer.

125. Sitzung vom 16. Juni.

Der erste Punkt der Tagesordnung befasst sich mit den Gebührensägen für Amtshandlungen der Behörden der inneren Verwaltung.

Abg. Gruppe (Soz.) begründet den Antrag. Die Gebühren der Verordnung vom 30. April 1903 sind heute nicht mehr ausreichend und müssen den veränderten Beitragsbelastungen angepasst werden, zumal sich in den meisten Gemeinden auch noch die Anstellung neuer Beamten notwendig gemacht hat. Ministerialdirektor Dr. Schulze: Die Tatsache, dass die starke Geldentwertung eine Erhöhung der Gebührensätze bedingt, ist von der Regierung längst anerkannt worden. Es wird der Volkskammer aus diesem Grunde demnächst eine entsprechende Vorlage zugehen. — Abg. Tünker (Unab.) stimmt ebenfalls einer Erhöhung der Gebührensätze zu. Die Anzahl der Gemeinden wird freilich mit Annahme des Antrages nicht behoben, doch sind die Gebührensätze zu klein. — Der Antrag wird dem Haushalttauschung überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Wagner (Dem.) und Wenzen auf Erlass eines Gesetzes wegen Entschädigung der durch das Höhzerische Treiben geschädigten Einwohner des Vogtländes. Der Antragsteller lagt in der Begründung, dass nunmehr nach Annahme des Reichstumultschadengesetzes durch Landesgesetz besondere Ansprüche nicht mehr erhoben werden können, und Tumultschäden, die vor Erlass des Reichstumultschadengesetzes entstanden sind, überhaupt kaum noch berücksichtigt werden. Das bedeutet nichts anderes als ein Ausnahmegesetz gegen die Befindenden. Es wäre nicht zu billigen, wenn man die durch einen Höhzerhauptmann geschädigten Vogtländer auf dieses Gesetz verweisen wollte. Der Schaden geht in die Milliarden und hat uns außerdem zum Opfer des ganzen Weltgemäldes gemacht. Man hätte damals aus parteipolitischen Gründen die Einwohnerwehr auf und ließ die Reichswehr viel zu spät eingreifen. Es haben sogar Abstimmungen in den Betrieben stattgefunden, ob im Falle des Eingreifens der Reichswehr ein Generalstreik einzehen solle. Ich halte aus diesen Gründen eine Klage der Geschädigten gegen den sächsischen Staat nicht für ausichtslos. Idenfalls ist es die Pflicht des Staates, die Ansprüche der geschädigten Vogtländer wohlwollend zu prüfen. Eine Anstandslosigkeit wäre es, hessend einzutreten. Wir beantragen Verweisung des Antrages an den Haushalttauschung.

Abg. Günther-Plauen (Dem.): Die Regierung wird erlaubt, den Entwurf eines Tumultschadengesetzes ohne Berzug der Volkskammer zur verfassungsmäßigen Beratung

und Verabschiedung vorzulegen. Das Reichstumultschadengesetz gibt auf den härtesten Ausschreibungen Anlass. Es handelt sich in der Nationalversammlung um ein Kompromiss, und wir sehen das Gesetz nur als eine vorläufige Regelung an. Das bedenklichste ist die Verlogung jeglichen Rechtschutzes. Der Befindende wird geradestens vogelfrei erklärt. Gegenüber den Verdächtigungen der Rechten erklärte ich namens der demokratischen Fraktion, dass wir alles getan haben, um die Regierung zum Eingreifen der Reichswehr zu bewegen. — Ministerialdirektor Dr. Schulze: Auf die Kritik der Vorredner an dem Reichstumultschadengesetz gehe ich nicht ein. Den Antrag Günther bitte ich abzulehnen, weil ihm die Regierung nicht entsprechen kann. Klagen wegen Entschädigung, wie sie der Abg. Wagner für möglich hält, kann die Regierung mit größter Ruhe entgegengehen. Die Reichsregierung hat damals erst eine Beruhigung der Arbeiterschaft von Chemnitz gewünscht, ehe sie die Reichswehr marschieren lassen wollte. Es muss auch eine ausreichende Truppenzahl vorhanden sein. Die Notlage der Geschädigten im Vogtland erkennt die Regierung durchaus an und sie ist gewillt, durch Vorhüte oder Darlehen ohne Rechtsanspruch helfend einzutreten. — Beide Anträge werden dem Hauptratschuss überwiesen.

Abg. Menke (Unab.) begründet den Antrag Bartel über die Auslösung der Zeitfreiwilligenformationen und den Erlass eines Amnestieges. Er bestreitet, dass die Reichswehr ein vertrauenswürdiges Instrument in den Parteidiensten gewesen sei. Auch in den Zeitfreiwilligenformationen habe die Regierung ein unsicheres Instrument geschaffen. Ihr Versprechen auf Erlass eines Amnestieges sei nicht erfüllt worden. Auch befinden sich noch verschiedene Personen in Schwierigkeit. — Ministerpräsident und: Der schwere Vorwurf, dass die Regierung ihr im März gegebenes Versprechen nicht erfüllt habe, ist unberechtigt. Hoffens eine rechte Erfüllung war noch nicht möglich. Ein Verfahren gegen General Maercker kann nicht eingeleitet werden, weil dem Vorwurf des Hochverrats die Begründung fehlt. Bei Begnadigungsgefahren wegen politischer Verbrechen ist jeder Fall genau geprüft worden. Leider ist die Kriminalität in einer Weise geherrscht, dass die Arbeit der Justizbehörden immer schwieriger wird. Durch Amnestieklasse sind die Verbrechen und Vergehen nicht zurückspringen, sondern sie haben vielmehr zunommen. Die Zeitfreiwilligen sind aufgelöst. Ihre freiwillige Zusammenkunft bei Bierabenden usw. lädt sich nicht verbieten. Sonst wird die Abwicklung der Ausbildungsschäfte durch die Reichswehr vorgenommen. Die Ablieferung der Waffen verlangen wir von allen zum Waffenträger unberührten Personen. Es möchte endlich einmal mit der Waffenspielerei aufgehört werden. Die Angehörigen der Reichswehr sind voll berechtigte Volksgenossen, nur müssen sie versuchen, das in sie gelegte Vertrauen zu rechtfertigen. In Funktionen der Zivilverwaltung darf die Reichswehr nicht eingesetzt. Zogenannte Ersatz werden von den verschiedensten Seiten geführt. Übungen mit Waffen dürfen unter keinen Umständen und von keiner Seite abgehalten werden. Die abgezogene Waffen werden sofort vernichtet. Den Arztabothe gegen die Einwohnerwehr sollte man fallen lassen. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Regierung ihre Pflicht getan hat, und sie wird auch weiter versuchen, das Misstrauen gegen sämtliche Organe zu zerstreuen. — Justizminister Dr. Hartwig weiß die gegen die Justiz erhobenen Vorwürfe zurück. Über die Bekämpfung der Begnadigungsgefahren hat das Ministerium besondere Richtlinien angestellt. Altenemordnung ist bei allen Gefahren natürlich Voraussetzung. Leider sind in den Zeiten der Unruhen sehr gemeine Verbrechen begangen worden, für die eine Begnadigung nicht in Frage kommen kann. Der Erlass eines besonderen Amnestieges ist unnötig, weil die meisten Fälle entsprechend behandelt werden. — Nach langerer Debatte wird der Antrag in sofortiger Schlussberatung für erledigt erklärt.

Politische Nachrichten.

Die Einberufung des Reichstages.

Wie amtlich gemeldet wird, erlässt der Präsident der Nationalversammlung folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Artikel 127 und 180 der Verfassung wird der neu gewählte Reichstag berufen, am Donnerstag, den 24. Juni 1920, nach mittags 3 Uhr, zusammenzutreten. Der Präsident der Nationalversammlung, Leberebach.

Abgebrochene wirtschaftliche Verhandlungen.

Berlin, 18. Juni. Die vor einigen Wochen in Berlin zwischen der deutschen und der finnischen Regierung eingeleiteten Verhandlungen zwecks Abschlusses eines neuen Wirtschaftsabkommen sind, wie die "Börs-Ztg." erfährt, vorläufig unterbrochen worden. Von einem Abbruch der Verhandlungen könne jedoch keine Rede sein. Die finnischen Regierungsvertreter sind nach Finnland zurückgekehrt, um sich neue Institutionen zu holen. Anfolge der Aufzehrung des schwedisch-finnischen Konfliktes habe Minister Jänned den Wunsch nahegelegt, nach Hause zurückzukehren.

Die Untersuchung des Kapp-Putsches in Halle a. S.

Halle a. S. Der Untersuchungsausschuss, der seinerzeit von der Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, um das Disziplinarverfahren gegen die wegen Beteiligung bzw. Unterstützung der Kappregierung verdächtigen städtischen Beamten, insbesondere des Oberbürgermeisters Rive und des Polizeidirektors Könemann einzuleiten, hat seine Untersuchung abgeschlossen. Sie hat ergeben, dass kein Grund vorliegt, gegen Oberbürgermeister Rive und den übrigen angeklagten Beamten irgendwie vorzugehen oder das Disziplinarverfahren einzuleiten. Oberbürgermeister Rive und der Polizeidirektor Könemann haben ihre Amtswirksamkeit bis jetzt noch nicht wieder übernommen.

Bismarck als Prophet.

Einem Vertreter der "Neuen Freien Presse" erklärte **Geheimrat Schweninger**, er denke nicht daran, sein reiches bandenrechtliches Material an Gedächtnisungen zu veröffentlichen, wohl aber bedauere er es sehr, daß der dritte Band der Gedanken Bismarcks dem deutschen Volke noch unbekanntes Gelehrtenhalten bleibe. Gerade in diesem Schlusshand hat Bismarck viel zu sagen, was uns erheben und die Seele aus unterer Furchtbarkeit aufwölken könnte. Der Fürst hat die Katastrophe für Deutschland vollkommen klar voraussehen und mit dem Weißblatt, das ihm zum größten Staatsmann jener Zeit mochte und den leider keine, aber auch keine der heutigen führenden Parteien besitzt, bespricht er die unabwendbaren Konsequenzen einer Politik, die er auf seinem Posten und später seiner Verbannung bis zum letzten Atemanze begämpfte. Wie oft rief er: „Ich sehe es kommen, wir geben einer furchtbaren Katastrophe entgegen!“ Der Fürst lobt den König sich selbst, der Deutschland einkreisen sollte, und auch, daß England in diesen Ring sich einfügen würde. Er hat gewarnt, er wollte raten — aber es wurde nicht auf ihn gehört. Rechnet und in dieser Trauer sagte er mit zuletzt: „Deutschland geht schweren Seiten entgegen!“

Revision der neuen Telephongebührenordnung.

München, 16. Juni. Einer Amtordnung von Telephonteilnehmern wurde in der Münchener Abteilung des Reichspostministeriums mitgeteilt, daß eine Revision der neuen Telephongebührenordnung binnen kurzem den Reichstag beschäftigen werde.

Republik (nicht Freistaat) Preußen.

Berlin, 16. Juni. Der Berufungsgerichtsausschuß der preußischen Landesversammlung hat bei der Verhandlung der einzelnen Paragraphen der Verfassung den § 1. Bezeichnung Preußens als Republik (nicht Freistaat), aufrechterhalten.

Weitere Befreiungsfähigkeit der braunschweigischen Landesversammlung.

Braunschweig, 16. Juni. In der Landesversammlung hat auch heute die Wahl einer neuen Landesregierung wegen Befreiungsfähigkeit des Hauses auf morgen vertagt werden müssen.

Rückkehr des Fürsten Bülow nach Rom.

Nach einer römischen Meldung ist der Verwalter des Fürsten Bülow in Rom eingetroffen. Es wird behauptet, daß sich Fürst Bülow im Herbst wieder in Rom niederlassen wird.

Ein Erfolg der Gleiwitzer Betriebsräte.

Gleiwitz, 16. Juni. Gestern wurden die Betriebsräte der Gleiwitzer Klein- und Großbetriebe beim französischen Präfekt vorstellig, um ein Verbot der dauernden französischen Übergriffe zu erwingen. Der Präfekt sagte den Arbeitervorstellern zu, daß die Schuldigen, von denen einige bereits verhaftet sind, bestraft werden, die Verletzten durch die französische Behörde entschädigt werden, das Verbot des Waffenstillstands außer Dienst durchgeführt wird und die französischen Truppen von nun an Ausgang nur bis 9 Uhr abends haben. Hierauf wurde dem Präfekten eine Entschließung überreicht, in der gesagt wird, daß die Arbeiter der Überzeugung seien, daß die breiten Massen bewußt provoziert werden sollen, um das Schicksal Oberschlesiens gewaltsam zu entscheiden. Die Entschließung gibt der Überzeugung Ausdruck, daß eine mögliche baldige Volksabstimmung der einzige Ausweg wäre.

Das bestreite Mönchengladbach.

Gestern mittag sanken in Mönchengladbach die Rahmen der vier feindlichen Mächte unter dem Jubel einer großen Menschenmenge. Als die Franzosen abzogen, erklangen deutliche vaterländische Pfeifer. In irgendwelchen Zwischenfällen kam es nicht. Am Mittwoch trafen der Reichsminister des Auswärtigen und der preußische Minister des Innern ein.

Französische Gewaltsherrschaft im besetzten Gebiet.

Mainz, 16. Juni. Wie die "Mainz. Volkszeitung" meldet, ist in Zusammenhang mit den Verhaftungen in Ludwigshafen der sozialdemokratische Arbeiterscretär Gröhner in Mainz von den Franzosen verhaftet worden. In Wiesbaden nahmen die bei mehreren sozialdemokratischen Persönlichkeiten Durchsuchungen vor, deren Grund von den Franzosen geheimgehalten wird.

Mannheim, 16. Juni. Aus Anlaß der Verhaftung von Arbeitersprechern fanden gestern laut "Neuer Bad. Landeszeitung" dort mehrere Versammlungen der bereits streikenden Arbeiter statt. Es wurde eine Entschließung angenommen mit der Erklärung, daß, falls die Franzosen die verhafteten Arbeitersprecherei bis Freitag mittag 12 Uhr nicht entlassen haben, der Generalstreik erklärt wird.

Ludwigshafen, 16. Juni. Laut "Pfälz. Post" hat die Rheinlandskommission das Erscheinen des "Kreisler Anzeigers", der "Kirchheimbolander Zeitung", der "Pfälz. Merkur" in Zweibrücken und der "Gegenwart" in Edenkoben vom 18. d. Mts. ab auf 15 Tage verboten.

Um den Besitz.

Roman von Nina Meyer. 104

Qualende Eiserneht packte ihn. Dort im grünen Salon stand ein junger, geländer Mann, sein eigener Sohn, ihm, dem Kraut, seine einzige Lebensstunde, einen Schatz, den er bereits als sein Eigentum betrachtete. Und er, er saß hier, an diesen Stuhlen gefesselt und konnte nicht einmal den Versuch machen, jenen einzugehen zu arbeiten, an sich zu reihen, was sein war, sein werden sollte.

Mit dumpfem Stöhnen fuhr er auf und starrte, die Hände geholt, in das Leere. Da flatterte sie wieder, lockend und vernehrend, an seinem Ohr vorüber, die läche, berückende Stimme jenes schönen Weibes, dessen Nähe alle seine kraulen, erschöpfenden Sinne zu siebendem Leben weckte. Was waren die Qualen des Tantulus gegen diese, die ihn folterten.

Erschreckt war Nunzio. Ha an seinen Stuhl getreten und blickte sich besorgt über sein glühendes Gesicht.

"Was ist Dir, Papa?" fragte sie angstvoll. "Leidest Du sehr?"

"Nichts, nichts!" wehrte er ab und sank erschöpft in die Kissen zurück. "Ich leide, aber es ist schon besser! Haust Ulrich, ich habe mit ihm zu sprechen."

Mit flackernden Blicken, in denen die höchste Ungebildheit brannte, sah er ihr nach; angestrengt lauschte er auf das verhallende Geräusch ihrer Schritte und erst als gedämpftes Spurenklirren im Nebenzimmer hörbar wurde, atmete er tief auf.

Einige Augenblicke später erschien Ulrichs schlanke Gestalt auf der Schwelle. Die Augen des jungen Mannes schienen sich erst an das im Zimmer herrschende Halbdunkel gewöhnen zu müssen, denn ununterlang blieb er im Rahmen der offenen Tür stehen. Hoch und schlank, in der Kleidung eines Mannes vom Stand, trat seine Figur aus dem hereinfallenden Licht hervor, das blonde Haar stolz erhoben, Kraft, Jugend und Gesundheit in jeder Bewegung. Es war sein Sohn, der da vor ihm stand, er hätte stolz auf ihn sein können, aber Graf Nicolas hätte ihn fast in diesem Augenblick.

"Guten Tag, lieber Papa!" sagte Graf Ulrich und trat

Saarbrücken, 16. Juni. Die vom Volksbund eingezogene Coarregierung hat Professor Ottfried Rippold aus Bern zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Saarbrücken ausersehen. Die Berufung Rippolds zum obersten Richterbeamten wird hier als Verlust gegen das Richterrecht betrachtet.

Worms, 16. Juni. Baut einer amtlichen Bekanntmachung des Chefs des Generalstabes hat der Kommandierende General der Rheinarmee in der durch die französische Armee besetzte Zone infolge von Zwischenfällen und um Anruhen zu vermeiden, verbietet, daß in der Deutschtäfeligkeit oder unter Verhältnissen, die der Deutschtäfeligkeit gleichkommen, deutsche Symbole oder Bilder, die einen feindlichen provozierenden Charakter gegen Frankreich haben, gelungen werden. Verboten sind auch die Wacht am Rhein, Deutschland Deutschland über alles, Gott dir im Siegerkranz, Siegreich wollen wir Frankreich schlagen und der Siegeszug. Ferner wird in der französischen besetzten Zone unter allen Umständen das Flaggen in den Nationalfarben, sowohl in den alten wie in den neuen, verboten. Jede Übertretung wird als Ungehorsam gegen einen von der französischen Militärbehörde gegebenen Befehl betrachtet und als solcher bestraft entsprechend Artikel 6 des Ordonnance I der interalliierten Kommission.

Oberbaudirektor nach Österreich und Deutschland hat schon vorgenommen.

Ein selbständiges Ostkroatien.

Baris, 16. Juni. Nach einer Meldung aus Debrecen hat Bischof Lazar die Selbständigkeit Ostkroatens erklärt, nach von der Türkei losgelöst und eine Regierung gebildet.

Erkrankung des Mikado.

Die "Morningpost" berichtet aus Tokio: Der Kaiser von Japan ist sehr schwer erkrankt. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß er nicht mehr genesen könne und der Thronfolger die Regierungsgeschäfte in kurzer übernehmen werde. Im Kabinett wurde gegen die willkürliche Regierung des Armee- und Marinestellen protestiert, die dem Kabinett nicht verantwortlich sind, sondern unmittelbar dem Kommando des Kaisers unterstehen und dessen Erkrankung seit längerer Zeit auszuhalten, um nach ihrem Belieben Politik zu treiben.

Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten.

Über Neuwar wird aus Tokio gemeldet, daß auf dem japanischen Ministerpräsidenten ein erfolgloser Anschlag gemacht worden sei. Der Täter, ein Japaner, sei verhaftet.

Sächsische Nachrichten.

Mitteilungen aus unserem Kreiskreis über örtliche Vorkommissare sind uns seitens willkommen und werden bevorzugt.

Das neue sächsische Wahlgesetz.

Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die in den nächsten Tagen zu erwartende Regierungsvorlage über das neue sächsische Wahlgesetz ein Verfahren vorschlägt, das im Bergkreis mit den Richtlinien zur Reichstagswahl sehr weitausliche Veränderungen aufweist. Einmal ist eine ganz neue Abgrenzung und Einteilung der Wahlkreise vorgesehen, und zwar so, daß Sachsen in 10 Wahlkreise eingeteilt werden soll. Diese Art erinnert an den seinerzeit für die Wahlen zum Reichstag aufgestellten Entwurf C. Die Zahl der zu wählenen Abgeordneten soll nach dem neuen Vorschlag wie bisher aus 16 bestimmt werden, die auf Wahlkreis- und Landeslistik zu wählen sind. Bei Ermittlung der Mandate wird folgendes Verfahren vorgeschlagen: Zunächst würde die Summe der in den 10 Wahlkreisen abgegebenen Stimmen aller Parteien festgestellt, um diese Summe durch 16 zu teilen. Sodann wäre die Zahl der Kandidaten der einzelnen Parteien auf die Weise zu ermitteln, daß man errechnet, wieviel mal die betreffende Partei im Wahlkreis den Quotienten erhält hat. Die Stimmenmengen für die Landeslisten in Frage. Die Verteilung der Mandate auf Grund der für die Landeslisten zusammengekommenen Stimmenzahlen erfolgt auf die Art, daß die von allen Parteien auf die Landesliste abgegebene Gesamtstimmenzahl durch die Zahl der bei den Wahlen im Wahlkreis nicht erledigten Mandate geteilt wird. Sind in den Wahlkreisen z. B. nur insgesamt 50 Abgeordnete gewählt worden, so kommen 46 von insgesamt 96 nicht erfüllte Mandate in Betracht. Die Gesamtstimmenzahl der Landesliste müßte also durch die Zahl 46 geteilt werden. Ein Beispiel zu dem neuen Wahlgelehrtenwurf: Bei der Reichstagswahl würden in Sachsen insgesamt abgegeben 2 404 797 Stimmen. Diese Summe geteilt durch 96 ergibt 25 049. Wenn also eine Partei in einem Wahlkreis 55 000 Stimmen auf ihre Liste vereinigt hat, würden die zwei ersten Kandidaten (2 mal 25 049 gleich 50 088) gewählt sein und 4002 Stimmen lämen auf die Landesliste. In parlamentarischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß die Vorschläge der Regierung für dieses neue Wahlgesetz eine starke Begehrlichkeit finden werden. Der Meinung, daß durch die Einteilung in 10 kleine Wahlkreise eine engere erproblichere Führung zwischen Abgeordneten und Wählern erzielt würde, ist eine ganze Reihe von Mönchen entgegengestellt. Die allzu kleine Einteilung in 10 Kreise ist auch nicht, wie man hören, nach dem Gedank der Demokratie. Von mehreren Seiten wird darauf hingewiesen, das Verfahren der Reichstagswahl bezüglich auf Sachsen anzuwenden mit der Vorausgabe, daß 25 000 Stimmen für die Wahl eines Abgeordneten maßgebend sind. Auf diese Weise würde einer Überzahl von zu wählenden Abgeordneten begegnet werden. — (Wenn die fürstliche Sitzierung der Regierungsvorlage stimmt, dann bedeutet dieselbe eine Verstärkung gegenüber dem Reichstagswahlgesetz. Die Schriftsteller.)

Korsetthaus May Hoffmann, Dresden - A. Wallstraße.

Ecke Schloßstraße.

Neu eingetroffen: Korsett in reichhaltigster Ausführung für Frühjahr und Sommer, in mod. Formen von vorzügl. Stk. in jeder Preisstellung bis 195,- in höchsten Ausgabestufen 230,- u. 285,-. Innersteil solide Bearbeitung nur von Stoffen der ersten Qualität. Reformleinen, Kuhbälter - Forma - Douton, Strumpfhalter, Korsett - Manufaktur - Reparatur - Wäsche in eigener Werkstatt schnell und preiswert.

wie sie gekommen war und ließ in dem Dämmerlicht des Krankenzimmers sein Gesicht fast geisterhaft bloß erscheinen.

"Wie ich Dir bereits sagte, bin ich nicht das leidige Gesäß wegen gekommen!" erwiderte er ernst. "Es steht Dir frei, wie zu glauben oder nicht. Da Du jedoch heute durchaus mit mir zu verhandeln wünschst, so kann es mir nur lieb sein; denn gerade die Frage, ob ich im Regiment bleibt kann, liegt auch mit sehr nahe!"

"Wie meinst Du das?" fuhr Graf Nicolas auf. "Wenn Du willst, daß ich Dich verstehen soll, mußt Du Dich deutlicher ausdrücken."

"Sehr einfach, Papa!" entgegnete Graf Ulrich ruhig und blickte seinem Vater fest in die Augen. "Vor nicht allzu langer Zeit machtest Du mir die Bemerkung, daß es Dir schwer fiele, mit meinen monatlichen Aufschluß auszuzahlen; ohne diesen aber ist das Leben im Regiment eine unmöglichkeit und mir bleibt nichts anderes zu tun übrig, als auszusteigen!"

"So und was bedeutet Du also dann zu beginnen?"

"Ich habe die Absicht, mich in ein Infanterie-Regiment irgendwo in der Provinz verlegen zu lassen!" entgegnete Ulrich mit derselben unerschütterlichen Ruhe, die seinen Vaters Haltung am allermeisten an ihm ärgerte. "Die Gesellschaft ist dort aufsprüchloser, das Leben weniger kostspielig, und —"

"Und Du wirst mit einem Herrn Sonnja nächstens Brüderhaft treiben!" unterbrach ihn Graf Nicolas lächelnd. Das schaute noch! Che ich das erlebe, will ich mich zweifig begraben lassen, das merkt Dir!"

"Ich bitte Dich, zeige Dich nicht unnötig auf, Papa!" sagte Ulrich beschwichtigend einzuwenden. "Die Sache ist nicht so schlimm, als sie Dir scheint, und —"

"Kein Wort weiter!" unterbrach ihn Graf Nicolas. "Ich habe gerade genug davon gehört und wiederhole Dir, daß wir wird nichts, wenigstens so lange ich lebe!"

"Ha, ha, hal! Ihr jaßt auch nicht etwa, meine Väteren?" unterbrach Höhrens leise Stimme in diesem Augenblick das Gespräch der beiden, und wie wenig sympathisch die Person des Hansfreundes auch Ulrich für gewöhnlich sein möchte, augenblicklich segnete er das Domum dieses unausstehlichen Menschen.

Berstaatlichung sächsischer Kohlenwerke. Die sächsische Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach das Gesamtministerium ermächtigt werden soll, die Berstaatlichung einzelner Kohlenwerke durchzuführen, wenn dies unbedingt zum Staatsbedarf dingegezogen werden müssen, um einen gemeinsamen und rentablen Abbau zu ermöglichen. Es ist noch unbestimmt, ob die Vorlage noch der jetzigen Volksammer zugehen wird oder erst dem neuwählenden Landtag.

Zur Frage der Zusammenlegung der Schlachthäuser. Das sächsische Wirtschaftsministerium haben in der letzten Zeit wiederholt Verhandlungen mit den zuständigen Betriebsorganisationen über die Frage der Zusammenlegung der Schlachthäuser stattgefunden. Nach Mitteilungen von den an den Verhandlungen beteiligten Betriebsvertretern soll die sächsische Regierung sich entschlossen haben, von der Trennung von Hauptstädtern abzuwenden. Dagegen soll erwartet werden, die Fleischer zu einer freiwilligen Zusammenfassung von Schlachtruppen zu veranlassen.

Auergewöhnliches Kündigungsrecht für Fernsprechteilnehmer. Die neuen Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechgebührenordnung werden voraussichtlich erst in der vorliegenden Woche des Juni nach Zustimmung des Reichsrats veröffentlicht werden können. Den Inhabern von Fernsprech-Nebenanlagen, ebenso den Inhabern von Anschlüssen außerhalb des Fünfkilometerkreises der Vermittlungsstelle, von Anschlüssen gegen die Vorortspauschale und von Nebentelegraphen und besonderen Telegraphen, deren Gebühren durch die neuen Ausführungsbestimmungen erhöht werden, wird daher ein außergewöhnliches Kündigungsrecht bis 25. Juni zum 30. Juni eingeräumt.

In das österreichische Abstimmungsgebiet werden rund 120.000 stimmberechtigte Deutsche eingezogen, von denen 25.000 in Ost- und Westpreußen, die übrigen im Reiche wohnen. Weil damit zu rechnen ist, daß die Polen die Eintritte auf jede Weile zu verhindern suchen werden, wird die Beförderung über See stark in Betracht kommen. Etwa 45.000 Personen werden auf diesem Wege hingeführt werden können. In erster Linie sollen diejenigen befördert werden, die aus den Kreisen gebürgt sind, in denen eine nennenswerte Anzahl polnischer Stimmen zu erwarten ist. Im Abstimmungsgebiete werden Vorbereitungen zum festlichen Empfang der auswärtigen Stimmberechtigten getroffen.

Erhöhung der Gebühren für die tierärztlichen Untersuchungen. Das Wirtschaftsministerium und das Sanitätsministerium geben in einer Verordnung bekannt, daß die tierärztlichen Gebühren der über die Landesgrenze zwischen Sachsen und der Tschecho-Slowakei eingeführenden Tiere ständig nach den Gebührenstabellen für die bezirkstierärztliche Untersuchung von Handelswirth unter Berücksichtigung der durch die Verordnung vom 20. Januar 1920 vorgeschriebenen Erhöhung der Gebührenhäfe um 50 v. H. zu erhöhen sind. Außer den festgelegten Untersuchungsgebühren vor der Einsichtende die den zur grenzärztlichen Untersuchung herbeigezogenen Bezirkstierärzten zu kommenden Reisekosten und Tagegeldern mit zu entrichten. Wenn gleichzeitig Tiere mehrerer Besitzer zur grenzärztlichen Untersuchung vorgestellt sind, so sind die Reisekosten und Tagegelder des Bezirkstierarztes von den beteiligten Tierbesitzern gleichmäßig zu tragen.

Zahlungen auf das Reichsnottopfer. Es hat den Anschein, als ob in weiten Kreisen der Bevölkerung noch nicht mit der Tatfrage gerechnet werde, daß das Reichsnottopfer, die große Abgabe vom Vermögen nach dem Gesetz vom 31. Dezember 1919, demnächst veranlagt und erhoben werden muss. Bleibst ist die Meinung verbreitet, nach dem Ausfall der Wahlen zum Reichstag werde das Gesetz wohl wieder zurückgenommen werden. Nichts verhindert mehr gegen die Erfahrung der Lage, in der sich das Deutsche Reich befindet, die durch das Reichsnottopfer auszubringenden Beträge braucht das Reich so notwendig, daß von einer Nichtausübung des Gesetzes gar nicht die Rede sein kann, mögen die Wahlen ausfallen wie sie wollen. Wer sich also durch derartige Ideen davon abhalten läßt, schon jetzt mit der Zahlung zu beginnen, obgleich er dazu in der Lage wäre, der geht sehr anhendem Schaden er damit nicht allein das Reich, das bekanntlich weiterer Mittel dringend bedarf, sondern auch sich selbst. Daß sich der zahlungsfähige Steuerpflichtige, wenn er mit der Zahlung läufig ist, selbst schädigt, ergibt sich daraus, daß das Reichsnottopfer schon vom 1. Januar 1920 an bis zum Zahlungstage mit 5 v. H. jährlich verzinst werden muss, also von Tag an Tag wächst, besonders aber auch daraus, daß der Zins der besondern Vorteile oder Vergünstigungen verlustig geht, die das Gesetz den Steuerpflichtigen eingeräumt hat, die bis zum 31. Dezember 1920 und besonders vor dem 1. Juli 1920 bar bezahlt werden. Wer nämlich bis zum 30. Juni 1920 Bezahlung leistet, braucht für je 100 M. nur 92 M. hinzuzugedenken, wer vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 bar zahlt für je 100 M. immerhin nur 98 M. Wieder seine Vermögensabgabe ungeführt ausmacht, das kann jedoch noch beim Tarif, der in § 24 des Reichsnottopfergesetzes enthalten ist, selbst ausrechnen, wenn er nur weiß, welches Vermögen er am 31. Dezember 1919 gehabt hat. Davon bleiben 5000 M. bei Ehegatten regelmäßig 9000 M. und wenn zwei oder mehr Kinder da sind, für das 2. und jedes weitere Kind je weitere 5000 M. steuerfrei; der Rest des Vermögens ist zu versteuern. So viele Kinder da sind, so viel mal 50.000 M. dieses Restes sind mit 10 v. H. zu versteuern, der Überfluss endlich nach dem Hundertstahl, der für den ganzen genannten Rest nach dem Tarif anzulegen wäre. Es haben z. B. ein verheirateter Steuerpflichtiger mit 5 Kindern ein Vermögen von 300.000 M., so hätte er zu rechnen: steuerfrei sind für Mann, Frau und vier Kinder noch mal 5000 = 30.000 M. Tom Rest mit 270.000 M. sind noch 50.000 M. = 250.000 Mark zu 10 v. H. also mit 25.000 M. zu versteuern, die überliegenden 200.000 M. dagegen zu dem Hundertstahl, der nach dem Tarif seinem Vermögen von 270.000 M. entspricht, d. h. zu 14.81 v. H., also mit 29.62 M. Die Vermögensabgabe dieses Mannes beläuft sich sonach auf 25.000 plus 29.62 M. = 27.982 M. Mark. Sie muß vom 1. Januar 1920 an mit 5 v. H. jährlich verzinst werden. Durch Bezahlung vor dem 1. Juli 1920 kann der Steuerpflichtige 27.982 M. = 2.222 ersparen. Für die Gesellschaften beträgt die Steuer leichter 10 v. H. des Reinvermögens nach Abzug des eingezahlten Grund- und Stammkapitals, für die juristischen Personen anderer Art und Vermögensarten 10 v. H. ihres geläufigen Vermögens nach Abzug der Schulden. Sie werden daher noch leichter als die natürlichen Personen in der Lage sein, die Steuer leicht zu berechnen. Zu bezahlen ist an die Reichsbankstellen oder an die Finanzämter, die bei den Finanzämtern (Bezirksteuer-einnahmen) bestehen.

Der frühere Kronprinz Georg von Sachsen soll nach Blättermeldungen in Tübingen Theologie studieren. Demgegenüber können wir mitteilen, daß er nicht in Tübingen, sondern in Breslau studiert, aber auch dort nicht Theologie, denn er hat sich in der philosophischen Fakultät eingeschrieben.

Dresden.

*** Gestorben ist am Montag im 80. Lebensjahr der vormalige Superintendent von Weissen Goh. Kirchenrat Otto Bernhard Grieshammer. Seine Beerdigung erfolgt am Freitag mittag auf dem Trinitatiskirchhof.**

Ein öffentlicher Bezirkstag des Bezirksverbandes Dresden-Reichenbach trat gestern Nachmittag 2 Uhr unter dem Vorsitz des Herrn Vogelhalter

Kamp-Bogdorff im Verhandlungssaal der Amtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach zusammen. Auf der Tagessitzung standen zunächst die Beschlusssitzungen über den Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1920/21 für die Bezirkshauptmannschaft Leuben, für den Kreisbezirk Dresden-Reichenbach und für die Bezirkshauptmannschaft einen Bedarf von 152.100 M., denen nur 57.100 M. Deckungsmittel gegenüber stehen, so daß ein Zuschuß aus Bezirkssmitteln von 95.000 M. notwendig ist. Im Jahre 1919 betrug der Zuschuß 11.545,84 M. und im Jahre 1920 40.700 M. Der Haushaltplan des Kreisbezirkes Dresden-Reichenbach-Land schließt in Einnahme und Ausgabe mit 125.000 M. ab. Den Ausgaben stehen nur Deckungsmittel von 2400 M. gegenüber, so daß ein Zuschuß von 122.600 M. notwendig sein wird. Der Haushaltplan für die Bezirkshauptmannschaft verzeichnet eine Gesamtkasse des Bedarfs von 1.475.107,50 M., denen als Deckungsmittel 178.410,21 M. gegenüberstehen. Der Gesamtfehlbetrag bezieht sich hierauf auf 1.200.681,29 M. Sämtliche drei Haushaltpläne wurden einstimmig genehmigt. Bezüglich des Erwerbs einer Grundstücke für die Zwecke des Pflegebezirkes wurde beschlossen,

daß Kurhaus "Witten" in Oberlöbnitz mit den dazu gehörigen Ländereien in Reichenberg von Privatus Herrfurth an zu kaufen. Ferner beschloß der Bezirkstag noch einen Vertrag mit dem Staate über die Unterbringung von Korrektionsärzten in der Bezirkshauptmannschaft Leuben abzuschließen. Weiter genehmigte der Bezirkstag noch die Übernahme der Kosten der Kinderbetreuung durch die Quäler sowie die Ausführung verschiedener Baulichkeiten in der Bezirkshauptmannschaft Leuben. Zum Schluß fanden noch Beschlüsse statt über die Beteiligung des Bezirkstags an der Kraftverkehrsförderung "Kreisstaat Sachsen".

Gesetzgebung. — Einige wenige Bischöfe in geistiger Fröhlichkeit und körperlicher Stärke feiern. Die Freude ist schon über ein Lebenalter hinausgegangen. Die Bezieherin unserer Zeitung und darüber ihr zahlreiche Glückwünsche an diesem Ehrentag überbracht worden seien, denen wir uns gern anschließen.

Heidenau.

*** Ihren 80. Geburtstag konnte hier Frau Emilie verm. Siebler in geistiger Fröhlichkeit und körperlicher Stärke feiern. Die Freude ist schon über ein Lebenalter hinausgegangen. Die Bezieherin unserer Zeitung und darüber ihr zahlreiche Glückwünsche an diesem Ehrentag überbracht worden seien, denen wir uns gern anschließen.**

Leisnig.

*** Gasvergiftung.** Eine in der Dresdner Straße im Ortsteil Altheidebau wohnende 81 Jahre alte Werkzeugschlossereibefrau H. versuchte im Zustand geistiger Verwirrung sich mit Gas zu vergiften. Der hinzukommende Chemiker verhinderte das Schlimme zunächst zu verhüten, die Vergrößerung war aber so stark, daß die Frau in der folgenden Nacht stirbte.

Sönigstein. Kein Besuch der Festung. Die allgemein verbreitete Ansicht, die Festung Königstein könne von Bürgersonnen wieder besucht werden, ist nicht zutreffend. Der allgemeine Besuch der Festung kann vorläufig noch nicht freigegeben werden.

Leisnig. Durch elektrischen Strom gespeist wurde im Marschwitzer Transformatorenhaus bei Leisnig der dort mit Anstreichen von Phasen beschäftigte Monteur Schlorfe vom E.-V. Gröba. Derselbe hatte nicht gemeldet, daß er nach 12 Uhr noch in der Leitung war. Als 10 Minuten nach 12 Uhr der Strom eingeschaltet wurde, wurde der bedauernswerte junge Mann durch den elektrischen Schlag getötet.

Kirchberg. Billige Kartoffeln auf Nummer 1. Hier hatte ein Händler von auswärtigen Wagen Kartoffeln bezogen, die er fast um die Hälfte billiger zu verkaufen in der Lage gewesen wäre als die Stadtverwaltung dies mit ihren Kartoffeln tun konnte. Letztere hatte, wie aus einer Anschrift an das Kirchberger Tageblatt hervorgeht, die Einführung dieser billigeren Kartoffeln unterdrückt, woran der Händler sich auf ein Reichsdekret beklagt, wonach die Kirchberger dann diese billigen Kartoffeln in kleinen Posten sämtlich nach Kirchberg zurückbrachten und so die Mahnahmen der Stadtverwaltung unwirksam machen.

Nehlsdorf. Bahnhörter von Einbrecher verwundet. In der Nacht zum Dienstag wurden auf dem Bahnsteig des Bahnhofs von den Bahnhörtern Schlobach und Hörselberg vier verdächtige Personen wahrgenommen und verfolgt. Wie später festgestellt wurde, handelte es sich um Einbrecher, die aus dem Kleidergeschäft von Klitsch große Mengen Kleiderstücke gestohlen hatten. Die Diebe verließen die beiden Wärter durch Schüsse so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten, wo Schlobach gleich nach seiner Einlieferung starb.

Kleine Chronik.

Aus dem Reiche.

Halle a. S. Zu dem Unglück auf der Braunkohlengrube Concordia bei Radebeul wird noch gemeldet, daß der plötzliche Durchbruch des Grundwassers den Schacht 7 durchbrach und auch die Schächte 5 und 6 erfüllte. Das Wasser ist bis zum Tagebau vorgedrungen und hat eine Höhe von fast vier Metern erreicht. Da die Wasser gewaltige Schlammmassen mit sich führen, sind die Pumparbeiten sehr erschwert. Auf zwei Schächten kann zur Zeit noch gefördert werden. Das Grundwasser führt einen weichen, seitigen Ton mit sich, der die Senkrechtelpumpen vollkommen verschlämt und die Arbeit er schwert. Die Hebung der Betriebsförderung dürfte vier bis sechs Wochen beanspruchen.

Krefeld. Gesperrte Arbeitstage. Die Eisenbahnverwaltung hatte schon vor einiger Zeit die Sperrung gewisser Arbeitstage angekündigt für den Hall, daß sich die Unzufriedenheit der die Bahn benützenden Arbeiter gegenüber den Eisenbahnamtbeamten wiederholen sollten. In den letzten Tagen sind von den Kruppischen Arbeitern in Rheinhausen neue schwere Ausschreitungen gegen das Bahnpersonal vorgekommen. Die Eisenbahndirektion Köln hat infolgedessen ihre Druckung wahrgebracht und mehrere Arbeitstage vorläufig auf eine Woche gesperrt. Sie behält sich weitere Maßnahmen vor, falls sich neue Ausschreitungen ereignen sollten.

München. Zahlungskreis der Telephonenteilnehmer. In München nahm eine große Protestversammlung der Mittelstandspartei gegen die Telephonenteilnehmer eine Entschließung an, wonach der Parteiausschuss beauftragt wird, im Namen der sämtlichen Telephonenteilnehmer zu protestieren. Sollte der Ausschlag diese Maßnahme nicht für richtig erachten, so befohlen die Versammlung, in den Zahlungskreis zu treten. Auch in Nürnberg sind Schritte eingeleitet worden. Hier wurde ein Teilnehmerverband für Bayern mit dem Sitz in München gegründet. Die Abmildungen in München betragen bisher 8000 Anschlüsse, doch möchte die Zahl noch weiter. Auch in anderen bayerischen Städten macht sich die Ränderung von Anschlüssen hart bemerkbar. In der Stadt Zweibrücken haben von 400 Telephonenteilnehmern sich die Hälfte getündigt.

Breslau. Deutsche Känguruuhu von Wildenau erlegt. Das aus Australien kommende Großkänguruuhu hatte sich seit einer Reihe von Jahren in den Wildenauer Forsten bei Canis in Schlesien vortrefflich eingebürgert und schien durch die klimatischen Verhältnisse nicht benachteiligt zu werden. Nun wird im S. Hubertus bestätigt, daß sechs Wildtiere im Wildenauer Forst, einem sehr wildigen Forstteil der Herrschaft, getötet worden sind. Es ist bis heute nicht gelungen, die Wilderer, deren Sout nach Breslau führt, ausfindig zu machen, und so dürfen die Känguruuhu ihr Ende im Kochtopf gefunden haben. Der Geschmack des Känguruuhu ist ja dem des Hasen völlig gleich, und vor dem Kriege konnte man in den Berliner Restaurants vielfach Känguruuhu braten, der in australischen Konserven nach Deutschland kam. Die erste Känguruuhufarm in Deutschland war bereits vor längerer Zeit in Wildenau in der Laufstall eingerichtet worden. In neuerer Zeit war das Heimerdeheimer Revier am Rhein als das bedeutendste deutsche Känguruuhufeld bekannt.

Aus dem Ausland.

Budapest. Prügelstrafe für Preisstreiter. Der ungarische Justizminister hat im Abgeordnetenkabinett einen Gesetzentwurf eingereicht, der die Prügelstrafe für Preisstreiter feststellt. Nach dem Entwurf sollen männliche Preisstreiter mit 20 Stockschlägen bestraft und außerdem soll ihnen eine Freiheitsstrafe diktiert werden.

Letzte Nachrichten.

Nach Schluß der Schriftleitung eingelaufen:

Frankreich. Behält die zweijährige Dienstdauer. Paris, 17. Juni. Im Heerausbau erklärte der Kriegsminister, daß es mit Rücksicht auf die noch nicht genügend festgestellte auswärtige Lage nicht möglich sei, schon jetzt die Herabsetzung der Dienstdauer beim Militär unter zwei Jahren in Aussicht zu nehmen.

Wetterprognose der Sächsischen Landeswetterwarte.

Freitag, den 18. Juni.

Ostwind, zeitweise trüb, keine wesentliche Temperaturänderung, Gewitterneigung, sonst meist trocken.

Hauptgewinne der Landeslotterie

vom 16. Juni:

10 000 M. auf Nr. 101 241.
 5000 M. auf Nr. 28765.
 3000 M. auf Nr. 7256 82841.
 2000 M. auf Nr. 7353 14053 31397 34915 35769 41003
 80678 94263 60215.
 1000 M. auf Nr. 1591 4178 9016 30397 47017 50200 72500
 26080 119681.
 500 M. auf Nr. 902 968 4170 5756 9450 15408 15008 20408
 56526 30286 37771 48681 49797 49879 50884 55410 68901 68803
 72983 78415 74794 75728 87489 92204 98708 97726 98000 104048
 104258 104809 107978 109052 118735 119681.

Briefkasten der Schriftleitung.

G. Dresden. Die Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich ist, wie jetzt berichtet wurde, beendet. Nur 450 bis 500 gerichtlich dort bestrafte deutsche Gefangene werden gemäß dem Friedensvertrag noch zurückgehalten, und eine Namensliste dieser Gefangenen soll baldigst dem deutschen Vertreter in Paris übergeben werden. Ob Ihr Mann in dieser Liste stehen wird, werden Sie durch das Rote Kreuz erfahren können. Wenden Sie sich an das Rote Kreuz, Dresden, Binzendorfstraße. Diese Stelle wird Ihnen auch Auskunft darüber geben, welche geeigneten Maßnahmen Sie zur Freilassung Ihres Mannes ergreifen können.

Geschäftliches.

Wie kann man seine Bühne bis ins hohe Alter hielten? Die Firma Paul Schwartze, Dresden, Schloßstraße 18 stellt schon über 30 Jahre eine vorzügliches Bühnreinigungsmittel her mit Namen Glycérin-Bähnlein "Marie Tora". welche vollkommen unschädlich ist und somit allen Anforderungen genügt. Die Tube kostet 2 M. und 3 M.

Verantwortliche Schriftleitung:
 Otto Dr. Künnermann, Dresden-N., Bogelerstraße 27.
 Für Anzeigen: Paul Leopold, Dresden-N., Bogelerstr. 18.
 Geschäftsstelle: Blasewitz, Tolstewitzer Str. 4, am Schillerplatz.

Amtlicher Teil.

Neben den Nachklag des am 20. März 1920 verstorbenen, in Modrik wohnhaft gewesenen Handlungshelfers Bruno Hans Heustel wird heute am 16. Juni 1920, nachmittags 14 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Justizrat Zimmer in Dresden, Blasewitzstraße 18, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 6. Juli 1920 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Belebung des am 16. Juli 1920, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Blasewitz, Straße 1, Sankt 118, Terschau, anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an die Erbin des Gemeinschaftsvermögens verfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 6. Juli 1920 anzeigen. (2225)

Amtsgericht zu Dresden, Abt. II. 1 K 31/20.

Sonntagnachmittag, den 13. Juni, vormittags 10 Uhr, sollen in Weihen Kirche, Restaurant "Zur Erholung", Röhrweg, als Versteigerungsraum eine Garnitur Korbmöbel (1 Tisch, 2 Stühle und 1 Sofabank) gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. (2224)

Der Gerichtsvollzieher beim Amtsgerichte Dresden.

Allg. Ortskrankenkasse für Loschwitz, Blasewitz u. Umg.
 Wegen Reinigung bleibt die Hauptgeschäftsstelle in Loschwitz, Grundstraße 34 Montag, den 21. Juni geschlossen.

Der Vorstand
 Adolf Leiberg, Vorsteher. (2216)

Katholischer Gottesdienst
 findet Sonntag, 20. Juni 1/2 10 Uhr im "Weißen Adler" statt; vorher Beichte.

Abends 1/2 im Ratsteller Bühlau. (2218)

Versammlung mit Vortrag eines Missionars.



Wir liefern Motore und führen Elektrische Licht- und Kraftanlagen

für Landwirtschaftsbetriebe
 solid und preiswert aus und erteilen unverbindlich und kostenlos Anschläge, und stehen auch gerne mit Ratschlägen zur Seite

Lindenau & Fehre
 Dresden-Alt., Annenstr. 42. (ms) Telefon 19 223.



Möbeltransport
 unter voller Garantie.
 Spedition, Fuhrgesäft. - Verbindung mit allen Plätzen.
 Moritz Müller, Blasewitz
 Fernsprecher 30 220.

Blasewitz. Freitag, den 18. Juni, erhält jede Person 50 Gramm Butter für 1,65 M. und 40 Gramm Margarine für 1,10 M. auf Abschnitt P der Landeslebensmittelkarte und 40 der Gemeindelebensmittelkarte, sowie

90 Gramm Hombakäse für 1,90 M. auf einen Juni-Abschnitt der Landeslebensmittelkarte und 48 der Gemeindelebensmittelkarte in den Buttergeschäften.

Täglich sterilisierte Sahne, 1 Dose 7,75 M., gegen Vorstellung der Gemeindelebensmittelkarte im Rathaus, gefordert.

Boranmeldung für 90 Gramm Margarine auf Abschnitt Q der Landeslebensmittelkarte und 44 der Gemeindelebensmittelkarte.

10 Pfund Kartoffeln (1 Pfund 35 Pg.) an die Inhaber sowohl der Landes- wie der Gemeindelebensmittelkarten gegen Abschnitt 48 der Gemeindelebensmittelkarte bei Händlern. (2220)

Der Ernährungsausschuß.

Blasewitz. ½ Pfund Kirchen (1 Pfund 1 M.) gegen Abschnitt 71 der Gemeindelebensmittelkarte Freitag, den 18. Juni 1920, an die Bewohner von Elsterweg, Emser Allee, Hochauerstraße, Marshall-Allee, Schubert- und Weststraße in der Pommerschen Meierei, Schillerplatz, und Jägerstraße in Loschwitz. (2223)

Ernährungsausschuß.

Döbritz. **Steuerkarten für die Reichseinkommensteuer.**

Nach §§ 45 bis 52 des Reichseinkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 sind vom Arbeitslohn 10 v. H. für Einkom-

mensteuer vom Arbeitgeber einzubehalten. Für den einbehalteten Betrag sind Steuermarken zu verwenden. Diese sind vom Arbeitgeber in Steuerkarten einzuleben und zu entwerten. Jeder Arbeitnehmer hat sich eine solche Steuerkarte von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungs-ortes ausstellen zu lassen. Jeder in einem Arbeits- bzw. Wohnverhältnis stehende wird deshalb ausfordert, seine Steuerkarte, die in der hiesigen Gemeinde- und Steuerkarte ausgestellt wird, bis spätestens Donnerstag, den 24. d. M., unter Vorlegung eines Personalausweises abzuholen. Für diejenigen, denen die Abholung nicht innerhalb der Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr möglich ist, erfolgt die Ausgabe am Freitag, den 18. d. M., auch nachmittags von 3 bis 6 Uhr. Die Ausstellung der Steuerkarten kann auf Antrag auch dem Arbeitgeber überlassen werden. Von dieser Beauftragten hat die Dresdner Gardinen- und Spikenmanufaktur A. G., die Dresdner Bleicherei u. Appretur und die Maschinenfabrik bisher Gebrauch gemacht, so daß für die dort Beschäftigten die Steuerkarte im hiesigen Gemeindeamt nicht ausgestellt wird.

Den Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden ist gestattet worden, daß eine Verwendung von Steuermarken unterbleibt und die Einzahlung des einbehalteten Betrags unmittelbar an die Steuerbehörde erfolgt. Es erübrigt sich daher für die hierfür in Frage kommenden Arbeitnehmer sowie die Empfänger von Zubehörbeitrag, Witwen- oder Waisenpension die Ausstellung einer Steuerkarte.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung des Landesfinanzamtes Dresden vom 7. Juni 1920 hingewiesen, welche am diesigen Gemeindeamt anhängt.

Döbritz, am 15. Juni 1920. (2224)

Der Gemeindevorstand.

Aufwartung
 sucht junge Frau für halbe oder ganze Tage. Stunde 1 Molt. Offerten u. 1615 Gesch. d. Bl. (2217)

Gef. für soz. **Ostermädchen** oder 1. Juli. ob. etw. Mädch. als Aufwartung für vor m. Loschwitz, Berste 2 pt. neben "Schöne Aussicht." (2214)

Zum Echten
 Dresden, Billnicher Str. 10 (vor) (früher Schillerhof). (2217)

Herrenstoffe
 zu Anzügen, Paletots, Ultern, Hosen, Kostümen
 auch in reinwollener Ware empfiehlt
 Otto Zschoche Nachf., Dresden, Wallstr. 25, Ecke Breite Str.

Eldorado
 Freitag 6 Uhr
 Sonntag 4 Uhr
 auserlesener öffentlicher Tanz
 Traulicher Aufenthalt im

Altpapier
 Zeitungen, 2755
 Bücher, Zeitschriften usw.
 kauft und holt ab
 Verkehrsstadt Kurier, Dresden
 Dörrstr. 30, Tel. 14472.

Rasierklingen
 schleift in 24 Stunden, St. 15, Elektrische Rührschleiferei, Dresden, Gruner Straße 22.

Stubenwagen
 in einf. bis eleganter Ausführung vorzüglich am Lager
 Kinderwagen
 Röppysportwagen
 Brunn & Uhlmann, Kinderwagen-Spielzahns, Kinderstr. 1, Pirnische Str. 32 Ecke Zingendorfstr. (1609)

Beleuchtungskörper
 aller Art / echt Messing / aus eigener Werkstatt
 oparte Seidenschirme
 elektrische Platten und Töpfe

Paul R. Naumann
 (Inhaber Arthur Boyer)
 Pirnische Straße 14 Dresden Fernsprecher 19 651

300 Straußboas
 zu verkaufen
 30, 45, 50, 80 M.
 20000 Straußfedern (zu 1/4 m lang 1, 3 M., ca. 1/4 m lang 6, 10, 15, 25, 36 M. 15000 echte Stangen- u. Kronenreihen u. Paradies in 10-, 20-, 30-, 50-fach. Büschein für 10-300 M. je nach Größe u. Güte. Marabut-Kragen 30, 60, 100, 150 M. Vasenblumen, Kranz- u. Ballblumen, Metallkränze, Laub, Beeren, Disteln usw. Vers. auch kl. Posten per Nachn. Auswahl geg. Standang. Hesse, Dresden, Scheffelstraße.

Verzinktes Drahtgeflecht
 Einkochapparate — — — Einlegegläser
 Hecker's Sohn, Dresden-N.
 Zweiggeschäft Striesen, Vogler-Straße 51

Hauptgesch.: Dresden-N., Körnerstr. 1 u. 3.
 Fernsprecher 30 220.

Theater.
 Freitag den 18. Juni:
 Opernhaus.
 Sizilianische Bauernehe
 Der Sojaga (7)
 Schauspielhaus.
 Der König (7)
 Albert-Theater.
 Gedulein Bud (7/8)
 Residenz-Theater.
 Alt-Heidelberg (7)
 Central-Theater.
 Der Schrei nach dem Kind (7)

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Treue einen größeren Kellerraum
 Wer tauscht Wohnung St. 2, R. B. in Bühlau mit groß. Wohnung in Loschwitz, Bühlau ob. M. Hirsch. B. Off. u. R. Man die Gesch. d. Bl. (2220)

Coupe-Dandoffer, ganz neu, gebraukt. Lippold, 20×40×60, 1 Ruhb.-Bücherkram, 1 bezgl. Versteife, 2 fl., lac. Bücherdr., 1 Alavieressel verkauft Richter, Loschwitz, Villnicher Str. 28. (1611)

Brauner Dackel, mittelgroß, ohne Halsband, entlaufen. Abzug geg. gute Bel. Sold. 1. Ruhb.-Kleiderstr. 9. Ferneuf 439. (2222)

Verloren Stabilbrille
 eine Bel. abg. f. Schillerstr. 24. 1617*

kleine Anzeigen
 Nebst Wort kostet 20 Pfennige

Ankäufe
 Liegestuhl, recht bequem, billig zu kaufen gesucht. Offerten im Freisang, Landgraf, Blasewitz, Residenzstraße 28. (1616)

Bekäufe
 Grammophon mit 22 Platten und Spielbox mit Platten zu verkaufen. Dresden, Martin Lutherstr. 19, IV. (2138)

Reisebericht, Getreide, Chaielongue, Bett, Robbaart-Federmatte, Tisch, Esstisch wegen Abreise zu verkaufen. Kühne, Dresden, Feldgasse 8, II. Et. 1613*

Bettstelle mit Matr., Rasserei service zu verkaufen. Dresden, Streifener Str. 32, II. Et. (1614*)

Replik. Eichenbeigimmer zu verkaufen. Blasewitz, Hochauerstraße 11. Zu bestichtigen 9-11 und 1-5. (1612*)

Theater.
 Freitag den 18. Juni:
 Opernhaus.
 Sizilianische Bauernehe
 Der Sojaga (7)
 Schauspielhaus.
 Der König (7)
 Albert-Theater.
 Gedulein Bud (7/8)
 Residenz-Theater.
 Alt-Heidelberg (7)
 Central-Theater.
 Der Schrei nach dem Kind (7)

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.